



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2016

HHA

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Einrichtung** eines **Kompetenzzentrums**
Rekommunalisierung

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 220

Produktnummer lt. Leistungsplan 18 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Kompetenzzentrum Rekommunalisierung

Veränderung
von um auf

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	0,0	+355,0	355,0
Produktabgeltung	0,0	+355,0	355,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Strategie von Ropland Koch, Hessen in ein "Musterland der Privatisierung" zu verwandeln, ist krachend gescheitert. Insbesondere Private-Public-Partnership Projekte (PPP) führten zu massiven Verteuerungen und Belastungen öffentlicher Haushalte und entziehen sich jeglicher nachträglicher Steuerung und öffentlicher Kontrolle.

Deshalb soll das „PPP Kompetenzzentrum“ der Landesregierung endlich in eine „Beratungsstelle für Rekommunalisierung“ umgewandelt werden. So können Kommunen beraten werden, die z.B. ihre Energie- und Wasserversorgung oder Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen wieder zurückholen oder ausbauen wollen.

Wiesbaden, 30.11.2016

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende

Willi van Ooyen